

Kommunistischer Arbeiter

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, oder per Post durch Karl Baetke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Dezember 1927
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117 149.
Karl Baetke, Bin.-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Erscheint vorläufig monatlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.
Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Die Schlichtungsguillotine in Tätigkeit. Hungeroffensive gegen Arbeitslose. Offener Verrat der Gewerkschaftsbesitzer. Sieg der Stahlkönige.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat die Wartezeit für Arbeitslose neu geregelt, und zwar hat er bis zum 31. März 1928 grundsätzlich die bisherigen Wartezeiten aufrechterhalten. Diese Wartezeiten betragen generell drei Tage, während das neue Gesetz grundsätzlich sieben Tage Wartezeit vorsieht. Dagegen bringt nun eine neue Verordnung des Verwaltungsrates die Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter. Bei den Saisonarbeitern, deren Arbeitslosigkeit auf Witterungseinflüsse zurückzuführen ist, soll die Beschäftigung von mindestens sechs Monaten eine Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen und nach einer Beschäftigung von mindestens acht Monaten eine Verlängerung auf drei Wochen eintreten.

Für andere Saisonarbeiter kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts die Wartezeit bis zu 3 Wochen verlängern. In dem einen wie in dem anderen Fall, darf die Verlängerung der Wartezeit jedoch nicht eintreten, wenn der Saisonarbeiter in der stillen Zeit in irgendeinem anderen Gewerbe Ersatzarbeit zu übernehmen pflegt. Ebenso darf die Wartezeit immer nur einmal verlängert werden, d. h. also nicht nochmals aufs neue, wenn der Saisonarbeiter vorübergehend wieder Arbeit bekommen hat.

Obige Meldung bringt der „Vorwärts“ vom 11. Dezember und versieht dieselbe mit folgendem Kommentar:

„So begrüßenswert es ist, daß der Verwaltungsrat im allgemeinen die dreitägige Wartezeit aufrechterhalten will, so bedauerlich ist seine Ausnahmebestimmung für die Saisonarbeiter, unter der vor allem die Bauarbeiter schwer zu leiden haben werden. Hoffentlich legen die Arbeitsämter die neuen Bestimmungen möglichst sozial und weitherzig aus, damit nicht die Verordnung, die am 12. Dezember in Kraft tritt, zu unerträglichen Härten für eine ganz bestimmte Kategorie von Arbeitslosen führt.“

Diese Ausnahmeverordnung gegen die Erwerbslosen entlockt dem „Vorwärts“ nur den frommen Wunsch, daß die Arbeitsämter die neuen Bestimmungen möglichst sozial und weitherzig auslegen sollen. Was bedeutet diese Ausnahmeverordnung?

Durch dieselbe ist es der Willkür satter Bürokraten überlassen, Proleten auf 2 resp. 3 Wochen von dem Bezug der Arbeitslosenversicherung auszuschalten. Man bedenke, wir haben eine Arbeitslosenversicherung. Jeder ausgebeutete Lohnsklave muß sich vom ersten Tag seiner Ausbeutung (ohne Karenzzeit) einen Betrag abziehen lassen. Derselbe richtet sich nach seinem Verdienst... Dementsprechend soll dann auch die Unterstützung sein. Nach dem Prinzip der Bourgeoisie (teile und herrsche) hat man es bis zu elf Klassen geschafft.

Da nun die sogenannten Saisonarbeiter vor Ersparnissen sich nicht retten können, sollen sie erst mal davon zehren, damit sie auch reif werden zur Unterstützung. Diese Ausnahmeverordnung reißt sich würdig ein in den Blumenstrauß von sozialreaktionären Gesetzen dieser eitzigsten Republik.

Der „Vorwärts“ faselt in seinem Kommentar etwas von den Bauarbeitern, die dadurch getroffen werden. Der Satz:

„Für andere Saisonarbeiter kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts die Wartezeit bis zu 3 Wochen verlängern“ scheint für ihn nicht zu existieren. Derselbe bedeutet, daß praktisch alle Lohnsklaven Saisonarbeiter sind; denn im Zeichen der Rationalisierung, des laufenden Bandes, ist es den Bürokraten leicht möglich, jeden rausgeschmissenen Arbeiter als Saisonarbeiter hinzustellen. Sollte es vielleicht doch zweifelhaft sein, so genügt schon die leiseste Widerrede, um ganz sicher einer zu werden.

Die zynische Provokation der Stahlkönige an die Proletarier, ihre offene Drohung der Stilllegung aller Betriebe hat den gewünschten Erfolg gehabt. Es ist müßig, darüber zu streiten, was der „Lokal-Anzeiger“ schreibt, der über den harten Spruch jammert, wie es der „Vorwärts“ darstellt. Niemals wird die Bourgeoisie äußerlich zufrieden sein mit einem Urteil. Sie ist dieses nur in dem Falle, wo es ihr direkt an den Krügen gehen kann, wie 1919, als riesige Proletarierbataillone gewillt waren, für die Sozialisierung, d. h. für den Sturz dieser Profitordnung, zu kämpfen.

Der Reichsarbeitsminister hat als Vertreter des Klassenstaates eine Entscheidung gefällt, wie sie nur von gutgläubigen, politischen Kindern anders erwartet werden konnte. Grundsätzlich wird an der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 festgehalten.

„Bravo! jubelt der „Vorwärts“ vom 13. Dezember, die Staatsautorität ist gewahrt.“

Nun kommt das Nachgeben in einzelnen. Das sieht so aus: Für alle Werke, die zu einer grundlegenden Betriebsumstellung durch Umbau ihrer Martinöfen, Elektro- oder Tiegelstahlöfen schreiten müssen, bis ich bereit, einen Aufschub in dem unbedingt erforderlichen Maße zu bewilligen. Die Gewerkschaftsbesitzer werden angewiesen werden, die Inangriffnahme und den Fortgang der Umstellungsarbeiten zu überwachen. Keinesfalls könnte ein Aufschub über das Jahr 1928 hinaus in Frage kommen.

Dann heißt es noch weiter, daß alle Betriebe, die eine Hinausschiebung des Inkrafttretens der Verordnung bis zum 31. Dezember 1927 beantragen, schon jetzt 1 Monat Aufschub erhalten.

Also Michel, was willst du noch mehr! Das alles nennt Stämpfer einen Sieg, Sieg! Jawohl, aber für die Bourgeoisie. Wie es ja auch nicht anders sein kann; denn der Staat ist ihr Staat. Die parlamentarischen Parteien, die abwechselnd die Ministerien besetzen, stehen alle auf dem realen Boden der Eigentumsordnung. Sie müssen alle, auch die Parlamentarierkommunisten, wie es in die Brandlerianer 1923 taten, zum Proletariat in langen Entschuldigungen reden, wo man im

Prinzip zugeht, was man dann aber hinterher durch die Praxis 100prozentig nimmt.

Wie stehen nun die Häuptlinge der Orgeschwergewerkschaften zu diesem „Sieg der Vernunft“?

Am Montag, den 12. Dezember, erklärte der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes anläßlich einer Pressebesprechung: „Die Gewerkschaften beabsichtigen nicht, den Kampf gegen das Reichsarbeitsministerium zu führen, wenn dieses darauf beharrt, daß die Arbeitszeitverordnung loyal durchgeführt wird.“

Nun läuft noch die Schlichtungsguillotine zur Erledigung der 10 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde; statt 76 Pf. erwarten die Gewerkschaften 86 Pf. pro Stunde. Daß da eine direkte Angelegenheit zu rechnen ist, verrät das „Berliner Tageblatt“, indem es den Wunsch äußert:

„Es möge nun wenigstens in der Lohnfrage den Arbeitern ein größeres Zugeständnis gemacht werden, als in der Arbeitszeitfrage, damit die Arbeiter nicht das Gefühl haben, als sollen sie die Kosten allein tragen für die Beilegung dieses Konfliktes.“

Wie weit nun dieser Plan der Mehrwertbesten und ihrer Lakaien Wirklichkeit wird, hängt vom deutschen Proletariat ab. Löhnen hat es durch seine Niederlagen genug erhalten. Daß seine Gewerkschaften immer auf Seiten des Staates, d. h. auf der Seite der Ausbeuter stehen, ist seit 1914 kein Geheimnis mehr.

Zertrümmerung der Gewerkschaften und Zusammenschluß in revolutionären Betriebsorganisationen zum Angriff auf die Produktionsstätten und den Klassenstaat unter der Parole:

„Alle Macht den Räten“ ist die Lösung, die den Sieg verbürgt.

Hoffen und harren auf eine friedliche Lösung heißt sichere Niederlage.

Fürs Erste, für den Sieg kämpfen, ist darum Pflicht eines jeden revolutionären Proletariats.

beiseitigen, um euch die eigene, die proletarische Welt, die Bedarfwirtschaft zu bauen, in der es den Begriff Saisonarbeiter nicht mehr geben wird.

Es wird gefeilscht.

Nach einem Eigenbericht des „Vorwärts“ vom 11. Dezember aus Bochum gestalten sich die bisherigen drei seitigen Schlichtungsverhandlungen zur Neuvertragsung der Lohn- und Arbeitszeitfragen nach dem Tarifvertrag sowie zur Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 außerordentlich schwierig. Es war nur möglich, in zwei Fragen eine Verständigung zu erzielen, von der jedoch nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Arbeitern betroffen wird. Mit der Fällung des Schiedsspruches ist am 15. Dezember 1927 zu rechnen.

Der Schiedsspruch gefällt.

Am 15. Dezember 1927 hat der Schlichter den Schiedsspruch gefällt, der bis Dezember 1928 unänderbar sein soll. Er sieht für die verarbeitende Industrie 4 Proz. Lohnerhöhung bei gleichbleibender Arbeitszeit vor.

Wie hoch der Teil der Arbeiter ist, deren Arbeitszeit jetzt 8 Stunden beträgt, läßt sich noch nicht übersehen. Deren Lohn wird gesenkt, denn sie erhalten bei 8 Stunden nur den Lohn für die frühere Arbeitszeit von 10 Stunden.

Parlamentarismus und Wahlen.

Eine der unheilvollsten Illusionen, die heute noch die Massen der Arbeiterklasse irreführt, ist die blinde Gabe an die parlamentarische Macht. Wie ein drückender Alp lastet der Parlamentarismus mit seinem Trübbild auf den Hirnen der Proletarier. Besonders die parlamentarische Tradition der SPD trägt viel dazu bei, daß es die Arbeiterklasse äußert schwer fällt, den Fluß der Geschichte zu verstehen und so erkennen, daß eine Wandlung der Verhältnisse auch dementsprechende Kamplmetil bedingt.

Der Parlamentarismus wurde schon vor dem Weltkrieg die einzige Plattform der SPD, und nur die parlamentarische Grundzüge der Sozialdemokratischen Partei wurde der Boden, auf dem der 4. August 1914, der Verrat am Sozialismus, geschehen konnte. Langst vor 1914 hatte sich die SPD auf den rein parlamentarischen Weg zum „Sozialismus“ festgelegt und den Standpunkt von Wilhelm Liebknecht, den er zum Staat und zu dem gleichen Wahrecht einzeln, aufzugeben. Der alte Liebknecht erkannte schon zu seiner Zeit, daß der Parlamentarismus leicht zur Kompromittierung der SPD führen könne, und sprach auch aus, daß der Kampf im Reichstag bloß ein Scheinkampf, bloß eine Komödie ist. Interessant und zugleich äußerst lehrreich sind die klaren Ausführungen, die einst im Jahre 1899 Wilhelm Liebknecht gegenüber der falschen Vorstellung von einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit machte. In einem Vortrag führte er folgendes darüber aus:

„Die Majorität läßt einen weltgeschichtlichen Beschluß, die neue Zeit wird geboren — ach nein — eine Kompanie Soldaten jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus, und lassen sich die Herren das nicht ruhig gefallen, so werden sie von ein paar Schutzleuten in die Städtvogel abgeholt und haben dort Zeit, über ihr donquixottisches Treiben nachzudenken.

Revolutionen werden nicht mit hoher oratorischer Erlaubnis gemacht; die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden; sie muß ihn stützen, um ins Leben treten zu können.

Keln Friede mit dem heutigen Staat.
Und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Wahlrechts.“

Die Geschichte hat der frühen Erkenntnis Liebknechts vom parlamentarischen Komödiespiel, recht gegeben. In der „freisten Republik“ haben wir 1923 das Schauspiel erlebt, das Liebknecht voraussah. Nur weil die „Arbeiterregierung“ in Sachsen sich annahm, kleine Reformchen in Angriff zu nehmen, wurde sie von der Reichswehr samt ihrer parlamentarischen Majorität zum Teufel gejagt. Nach den letzten Wahlen hat nun die SPD und KPD wieder neue „Siege“, in Scheinerfolge, errungen, die dem nicht marxistisch denkenden Proletariat Sand in die Augen streuen und Macht vortäuschen. In Bremen, Hamburg und Braunschweig haben die letzten Wahlen Mehrheiten für die SPD und KPD, ergeben, doch sind sich beide „Arbeiterparteien“ wohl-bewußt, daß sie mit ihrer Mehrheit nichts zu bestellen haben. Sie können sich im Rahmen des kapitalistischen Staates an und respektieren seine Einrichtungen und Institutionen. Die einzelnen „Vorstände“, die die Mehrheit einbrachte, sind einige Posten, die sie mit der Henkerarbeit am Proletariat belegen müssen.

Die Bilanz der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Minister, Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten, Stadträte, Bürgermeister und all der sonstigen Magistratsämtern, die alle gewollt oder ungewollt — die Geschichte des Kapitals ausführen. In den letzten Jahren ist auch die KPD in dieser „glücklichen“ Lage, einige Futterkrippen im Staate zu erhalten. Wenn trotz der ungelieblichen Niederlagen das Proletariat festhält am Wahlschwund-

so zeigt das dafür, wie fest noch die besungene Phantase: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir liegen; nun wollen!“ in den Köpfen der Arbeiter eingedrungen ist. In Braunschweig hat die SPD fünf Mandate gewonnen durch ihre „Opposition“ gegen die Regierung. Auch dieses Beispiel zeigt, daß das Proletariat noch von den Wahnwörtern der SPD und KPD befangen ist, und fast gar nichts seit 1918 gelernt hat. Nur ganz wenige Proletarier haben erkannt, daß das Parlament als Waffe des Proletariats, sowie als Kampf-boden nicht mehr in Frage kommt; doch das Gros der Arbeiterklasse läßt sich noch willenlos und ohne Gedanken zur Wahlurne schleppen.

Kommun. Arb.-Partei — Opposition
Ortsgruppe Groß-Berlin

Gedenkfeier
dem Gedächtnis
Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs
und den hundert Opfern der Revolution gewidmet
Sonnabend, den 14. Januar 1928
in der Stadthalle, Berlin, Klosterstraße.

Aus dem Programm:
„Musik — Gesangsdarst. — Rezitationen — Sprecher.“

Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr Rauchen nicht gestattet
Karten zum Preise von 50 Pf. (Erwerblasse 30 Pf.) sind in den Bezirkskollektoren der KAP und Union, sowie bei den Zeitungsträgern der Organisationen zu haben.

Nicht umsonst hat der Kapitalismus in den modernen Staaten Wahlformen eingeführt und das Klassenwahlrecht aufgehoben. Das Kapital hat dadurch auf eine saße und verführerische Weise das Proletariat an seinen Staat durch den Parlamentarismus gefesselt und an die Profitwirtschaft gebunden. Diesen parlamentarischen Zauber kann nur derjenige Proletarier durchschauen, der erkennt und sich bewußt wird, was die Voraussetzung des Kommunismus ist, und welche wirtschaftliche und politische Grundlage überhaupt eine kommunistische Gesellschaft hat. Solange das Proletariat nicht erkennt, daß die Macht des Kapitals und die Privatrechts- und Produktionsmittel, und diese Macht des Kapitals nie ein Parlament einschränken oder aufheben kann, solange wird es Stimmvieh sein und hilflos seinen rechtlichen Aufgaben gegenüberstehen. Nie kann das Proletariat in irgendwelcher Art durch Wahlen Entscheidungen fällen, nie hat in der Geschichte das Parlament alle Verhältnisse gestützt oder geändert; denn nur die Tat hat in der Vergangenheit entschieden, und nur die revolutionäre Tat kann die Geburtsstunde einer kommunistischen Welt sein.

Das größte Verbrechen der II. Internationale ist der parlamentarische Verrat am Proletariat. Als 1924 in England MacDonald mit seinen Königs-Sozialisten zur Regierung kam, da äußerte hysterisch die II. Internationale der Sozialpatrolieren über die „neue Epoche der Geschichte“, die angebrochen sei und die ohne Gewalt auf friedlichem Wege gelöst werden könnte.

Proletarisches Selbstbewußtsein.

Als Marxisten wissen wir zu gut, daß die Menschen nicht aus freien Stücken denken und handeln, daß die Umwelt mit ihren komplizierten Verhältnissen schwer die Hirnen der Menschen. Denken entspricht daher gewissen gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die unseren Gedanken Ziel und Richtung geben. Der Klassenkampf, der sich nicht immer markant auswirkt, drückt unseren Denken den Stempel auf und das Bewußtsein der Menschen spiegelt die Klassenverhältnisse wieder. Auch der genialste Gedanke ist nicht frei von dem jeweiligen Milieu, aus dem er letzten Endes geboren ist, denn er unterliegt ebenfalls dem Entwicklungsprozess der ökonomischen und politischen Verhältnisse. Die Bewußtsein ist kein mechanischer Akt, der sich abstrakt vollzieht. Bewußtes Denken unterscheidet sich wie Feuer und Wasser von einfachen instinktiven Denken, das nur so weit reicht, als es die primitivsten Bedürfnisse verlangen. Das bewußte Denken über Dinge, mögen sie ökonomischer, politischer, wissenschaftlicher oder künstlerischer Art sein, setzt eine Denkmethode voraus, die die Gedanken zu entwickeln vermag. Das revolutionäre Proletariat bedient sich der historischen, materialistischen Denkmethode, der an dialektischen Denken entspricht. Dialektisches Denken, vom Grundsatze des historischen Materialismus aus, ist eine scharfe Waffe, um die Klassenverhältnisse des Proletariats zu lösen.

Eine bedeuernte Tatsache bestätigt uns, daß das Proletariat zu wenig bewußt über seine Klassenfrage und die Verhältnisse, in der die Arbeiterklasse lebt, nachdenkt. Wir wundern uns darüber keinesfalls, denn der historische Materialismus zeigt die Gründe hierfür klar auf. Noch denkt die größte Teil des Proletariats nicht bewußt proletarisch über die Lage der Klasse und der Umwelt. Die großen Massen der Arbeiterklasse sind noch zuviel befangen von den Irrleitern und dem Feuerwerk der bürgerlichen Gesellschaft, noch blendet sie ihm mit ihren Machtmitteln. Die Schule und Kirche, Polizei und Zuchthaus, die kapitalistische Arbeitsverhältnisse und der Stummeltheater, Kino, Literaturlid Presse, alle tragen dazu bei, daß das Proletariat nicht bewußt über seine Klassenlage denkt und sich noch im Kampf begeistert, sich diametral gegenüber. Das Proletariat nicht bewußt versucht, seine rechtlichen Aufgaben zu erkennen und zu verwirklichen, solange wird es nicht unabhängig sein im Denken und Handeln von der bürgerlichen Gesellschaft. Das Unvermögen, nicht proletarisch selbstbewußt zu denken, ist der Grund dafür, daß das Proletariat noch keine Zuversicht zur eigenen Kraft hat.

Sozialismus“ entwickelt. Allzu schnell zeigte sich jedoch, was die sozialdemokratische Regierung, von Kapitalis- und Königs-Önaden, in der Tat war: nämlich dasselbe, wie alle übrigen kapitalistischen Regierungen. Sie betrieb die imperialistische Politik, Englands weiter und rezierte gegen die Arbeiterklasse für die besitzende Klasse. Schnell wirtschafte die „Arbeiterregierung“ in England ab und ist längst in den Orkus versunken, und mit ihr der angebliche „friedliche“ Weg des Sozialismus.

Die Geschichte zeigt uns immer wieder aus neue, daß Arbeiter-Regierungen eben nur mit dem Noske-Kurs wirtschaften können; einen anderen Weg gibt es nicht für sie. Wer daher stets der Arbeiterklasse den längst durch die Geschichte widerlegten Schwindel vom Parlamentarismus neu aufsticht und schmäckhaft machen will, muß rücksichtslos bekämpft und an den Schandpfahl der Geschichte gepregelt werden.

In einer widerlichen Reklamieraktion kündigte eine Sonderausgabe des „Vorwärts“ das „Welt-Wahljahr 1928“ an. Die SPD will ihre Schäfchen schon frühzeitig vorbereiten zu dem Wahlkampf, der sich bald in der ekelhaftesten Form abwickeln wird. Versprechungen über Versprechungen macht er seinen Gläubigern, wenn sie sozialdemokratisch wählen. Während schon viele irreführten Proletarier viel leicht von „Wahlerfolge“ träumen und den sozialdemokratischen geistigen Fusel ernst nehmen, diktiert die Stahl- und Industrieökonomie der Arbeiterklasse neue Repressalien. Und diese Macht des Kapitals ist seit 1918 wieder stark gewachsen, vor allem durch die demokratische Phrase, an die die Arbeiterklasse durch die sozialdemokratische und gewerkschaftliche „Erziehung“ noch glaubt. Mit größter Zähigkeit und Energie muß das denkende Proletariat, das erkannt hat, welche katastrophalen Folgen der Wahlschwund für die Arbeiterklasse erzeugt, die Proletarier in den Betrieben und Arbeitsstätten aufklären über ihr Hungerleben trotz gleichen Wahlrechts.

Das revolutionäre Proletariat hätte bestimmt heute eine stärkere Position gegen die Soldknecchte, des Kapitals vom sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Couleur, doch gerade die Politik der KPD, zum Parlamentarismus sorgt dafür, daß das Gift des parlamentarischen Betrages noch nicht aus den Hirnen der Proletarier aussemert ist. Die SPD-Politik wäre bedeutend mehr diskreditiert und brandmarkt vor der Arbeiterklasse, würde nicht neben ihr die KPD, mit ihrer albern und kindischen parlamentarischen Taktik stehen. Täglich macht sich die KPD, liebreicher mit ihrem Parlamentarismus, und der SPD, kommt ein leichtes Kreimnis zu. Die SPD hat daher heute ein leichtes Spiel, die KPD mit ihrer eigenen Halbwelt zu schlagen. Bedenkt man, mit welchen pomponen Phrasen die KPD 1925 ins Parlament zog, indem sie das Parlament von innen sprengt wollte, und wie sie dabei abblöhte, in welcher Form sie auch so, und sieht man, wie salobnäßig sie geworden ist — wie ebenfalls „praktische Arbeit“ im kapitalistischen Staat, leistet, dann erst kann man volllauf den unheimlichen Betrug der KPD am Proletariat erkennen. Eine Partei, die sich kommunistisch nennt und kapitalistische Regierungen unterstützt, was sogar einst die SPD, aus Reinlichkeitserwände abblöhte, hat verdient, daß sie zerschlagen wird.

Seit Jahren schwächt die KPD, mit der SPD, um Regierungen, Ministerposten und Staatsstellungen. Die letzten Hamburger Wahlen zeigten den Kuhhandel der KPD, sowie ihr serviles Verhalten der SPD, gegenüber klar auf. Trotzdem die KPD, genau weiß, daß im Kapitalismus nie eine Regierung proletarische Forderungen erfüllen und ebensowenig der alte Staat (von ihr in einen kommunistischen umgestellt werden kann, schrieb die „Rote Fahne“ am 27. Oktober 1927: „Die KPD, erklärt sich aber bereit, einem SPD-Senat die Möglichkeit

den bürgerlichen ideologischen Hemmnissen, das wollen“ wir in den proletarischen Massen pflegen und fördern; denn es ist eine revolutionäre Notwendigkeit, soll das Proletariat vor zukünftigen Niederlagen bewahrt bleiben. Für die parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften sind die Massen nur Statistiken, die man im Kadavergehorsam erhält, um sie von oben hin- und herzerzieren zu können. Das muß autören, die die Arbeiterklasse nicht an ihren eigenen Schwächen verblendet.

Auch die 3. Internationale mit ihren Sektionen fördert keinesfalls das Selbstbewußtsein der Massen, sie betrachtet ebenso wie die Sozialdemokratie die Massen nur als Mittel für ihren Selbstzweck. Die Mitglieder der Komintern sind nur ein Spielball in den Händen von Führern, die um ihre Existenz einen erbitterten Kampf führen. Genau so sieht es im RFB, aus und den Untergang der KPD. Die Verhetzung auf andersdenkende Proletarier wird von diesen Organisationen im wahrensten Sinne geübt. Nicht vereinigt ist es vorgekommen, daß sich die Mitglieder dieser Organisationen als Rekruten von Führern mißbrauchen lassen und ihre eigenen Klassengenossen niederschlagen, wenn sie versuchen, eine eigene Meinung zu haben. In Rußland zeitigt diese Verhetzung die größten Zersplitterungen. Nach Mecklenburg der „Rote Fahne“ vom 10. 11. 1927 bewarlen die Irreführer der Massen bei der großen Demonstration in Moskau zur Zehnjahresfeier der Führer der Opposition mit faulen Äpfeln und alten dummsinnigen und rissen hysterisch ihre Plakate zu Boden. So wollen die Stalinisten, es haben, und jedes Mittel, mag es noch so schmutzig sein, ist ihnen heilig, diesen politischen Schiebern und Intriganten der Arbeiterbewegung.

Eine große Aufgabe harri auf ihre Lösung, und nicht leicht wird es uns fallen, gegen die Schlammluft der parlamentarischen Organisationen erfolgreich anzukämpfen. Trotz der Hindernisse, die uns im Wege stehen, müssen wir dem Selbstbewußtsein in den Massen zum Durchbruch verhelfen.

Auch in unseren eigenen Reihen muß dieser Frage mehr Beachtung geschenkt werden, damit es in Zukunft nicht mehr einigen führenden Funktionären gelingen kann, um eines Parlamentariers wegen alle erhabene Genossen auseinanderzutreiben. In Zukunft das Proletariat als selbstbewußte Klasse über alle ökonomischen Führerinteressen hinweg, zum revolutionären Kampf sich erheben, soll es nicht seine Aufgaben verschälen und dem Untertage sich weihen. Nur dieser Partei, die das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse als eine Voraussetzung des Sieges der Klasse betrachtet, gehört die Zukunft.

„Auf, ans Werk, und stärkt die revolutionäre Klassenfront durch vollen Beitritt in die AAU.“

zum Arbeiten zu geben, wenn er Arbeiterforderungen durchführt.“ Dieses elende Schächerangebot der PKD, an die SPD, kann man beantworten mit den Ausführungen W. Liebknechts: „Wer mit Feldern, parlamentiert, parlamentiert, wer parlamentiert, parkiert.“ In der Tat parkiert die KPD, schon lange mit der SPD, und grundsätzlich unterscheidet sich ihre Politik nicht von der der SPD. Alle Forderungen des Proletariats müssen an der Macht des Kapitals scheitern, und keine Regierung kann daran etwas ändern. Diese Äußerung Wahrheit verheimlicht und unterschlägt die KPD, den Arbeitern und hierin besteht ihr parlamentarischer Betrug. Die Anträge und Interpellationen der-KPD, die sie bisher stellte, waren derartig phantastisch und entbehrten jeder marxistischen Erkenntnis, daß es sich erübrigt, sie noch näher zu besprechen. Es sei nur erinnert an das republikanische Schutzgesetz, das ebenfalls von ihr befürwortet wurde, und an ihren albernem Antrag auf 51-Proz. Sozialisierung der deutschen Wirtschaft. „Die KPD steckt tief im parlamentarischen Sumpf und wird ständig tiefer hinabgezogen.“

Wenn im Jahre 1928 die parlamentarischen Schieber und Anreißer von neuem das Proletariat irreführen und betriegen wollen, und statt ihm das Schwert den papierenen Stimmzetteln in die Hand drücken, dann heißt es endlich die Augen auf für die Arbeiterklasse. Will das Proletariat sich nicht von dem Getöse des Wahlrumms ablenken und betäuben lassen, dann muß es erkennen, daß Wahlen zum Parlament oder raffinierteste Schwindel des Kapitalismus darstellt. „Wahlrecht“ ist ein Recht für den Proletariat, das nur auf dem Papier steht. Auch für das Proletariat heißt es: „In Anfang war die Tat“ und nur diese, kann die Lohnsklaverei endgültig beseitigen. Unser Kampf ruft laut dem ekelhaften Wahlrummel gegenüber aus den Forderungen der Geschichte:

Wo sie alle hingehören.

Artur Rosenberg, während der Ruhrbesetzung und Inflation der Kampfkommissar der Ruff-Fischer in der Erhaltung der KPD, ist jetzt, nachdem er vor ethischen Monaten aus der KPD austrat, offiziell der SPD (des Noskepartei) beigetreten.

Immer mehr parlamentarische Führergeschmeiß folgt dem Beispiel eines Paul Levi. Sie alle, die sich als „liquide“ Arbeiterführer führen, eilen der Liquidierung der III. Internationale voraus. Uns soll es recht sein. Je schneller sie die Sozialdemokraten von Amsterdam und Moskau verbinden, desto besser kann der revolutionäre Teil der Proletariats die technische Verbesserung bewahrt in der KAP und AAU, finden, die schon aus der Erkenntnis der Tragik der russischen Revolution und der falschen Taktik der Bolschewiki 1919 (Rückzug zum Parlamentarismus, Erhebung der Gewerkschaften, Beteiligung an dem vorzubezeitenden gesetzlichen Betriebsräteverfahren in Deutschland) die revolutionären Schlüsse zogen.

Das revolutionäre Proletariat muß das gesamte Führer-tum der Quasellende unter sich lassen, auch dann, wenn sie sich links und sehr radikal beschreiben, wie es der Fall ist, der mit der KAP-Bewegung sympathisierende Ernst Schwarz. Wo mag der wohl landen, wenn die Welt nicht weiß es Artur Rosenberg heute schon?!
Achtung, die Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse!

Wenn es den Gewerkschaften darum geht, ihren Organisationsgeheimnis zu verteidigen und so zu stärken, die schrecken sie das Verhältnis nicht, daß die Gewerkschaften ihren Gesinnungsstempel rücksichtslos ausüben können gegen andersdenkende Proletarier. Da die Arbeiterklasse in all-gemeinem den Entwicklung der Untertat, wenn sie die Gewerkschaften in einigen Betrieben zeligen, revolutionäre Proletarier brotlos zu machen. Viele Genossen sind von uns auf das Betreiben der Gewerkschaften, die in der „Rote Fahne“ und in der „Rote Fahne“, weil die Gewerkschaften unsere revolutionäre Propaganda fürchten. Ein ähnlicher Fall ereigte sich in der vorigen Woche im Betrieb Jachmann in Borsigwalde:

Der Unternehmer maßregelte sechs Kollegen, worauf 31 Former sich mit ihnen solidarisch erklärten und in den Streik traten. Hierauf verhandelte der DMV mit dem Unternehmer, mit dem Ergebnis, daß der Unternehmer erklärte: „Sämtliche Kollegen, die Mitglied des DMV sind, werden wieder eingestellt. Auf Anfragen erklärte der Unternehmer, wenn die Arbeiterbewegung befürwortet, doch die Gewerkschaften haben kein Gewissen, wenn es darum geht, ihre Kassen zu schützen. Das warme Eintreten der Unternehmer für die Gewerkschaften kennzeichnet den Charakter und die Rolle derselben unter dem Einfluß der Gewerkschaft steht, nie eine Gefahr droht; denn bei der kleinsten Differenz sind die Herren-Verbandsvertreter für Stelle und schließen stets zur Zufriedenheit der Untertat alle Angelegenheiten.

Die „Rote Fahne“ jammert über diese Schmeierei, doch das einzige, was sie tut, ist eine Warnung an den DMV: „Wir können ihre Verlegenheit verstehen, denn es schwimmen ihr immer mehr die Felle der Zeltenkitt weg.“ Wer hier noch Henkerarbeit tut, Gewerkschaften die Arbeiter in dieselben hinabstürzt, ist wert- und hat verdient, auf dasselbe Niveau gestellt zu werden.

Das revolutionäre Proletariat in den Betrieben muß sich zurufen: gegen die Zahlmethoden der Gewerkschaften, will es nicht, daß es auf dieselbe veräterische Art zermahlen werden soll. Wer noch eine proletarische Gesinnung hat und dieselbe nicht auf Terrormethoden des Gewerkschaften verkaufen will, der schließt sich der AAU an. In den Betrieben das Proletariat organisiert. Ist das Proletariat als Klasse in Betriebsorganisationen fest zusammenschweiß und eine geschlossene Phalanx, dann ist das schmutzige Handwerk der Gewerkschaften zerteilt und die Bahn frei für den proletarischen Massenstreik, der der erste Auftakt zur entscheidenden Schlacht zwischen Kapital und Arbeit sein wird.

„Auf, ans Werk, und stärkt die revolutionäre Klassenfront durch vollen Beitritt in die AAU.“

Die Arbeitslosigkeit in Rußland.

Geräte in dem Augenblick, wo die 3. Deutsche Arbeiterdelegation aus Rußland zurückkehrte ist und die deutschen Proleten von neuem mit dem Märchen vom „sozialistischen Aufbau“ des „einzigen Arbeiterstaates“ beglückt wird, ist es notwendig denn je, der deutsche Arbeiterklasse die Wahrheit näher zu bringen.

Im Zusammenhang damit wollen wir nicht vergessen, daß sich unter den Rußlandfahrern vorwiegend jene Partei- und Gewerkschaftsbossen befinden, welche 1918 und 1919 unter dem Noskerregime dafür sorgten, daß jeder Bauzaun, jeder Abort mit dem vielverheißenen Plakat: „Der Sozialismus marschiert“ beklebt wurde. Wenn derartige Gestalten nach einer mehrwöchentlichen Reise konstatieren, daß in Rußland die Diktatur des Proletariats herrscht und der sozialistische Aufbau vor sich geht, so ist jeder denkende Proletarier versucht zu glauben, daß dieser „sozialistische Aufbau“ verdammte Ähnlichkeit mit dem „Sozialismus“ der Ebert-Scheidemann-Noske hat, dessen besonderes Merkmal 2000 erschlagnene Proletarier war.

Gegenüber den märchenhaften Berichten der Rußlandreisenden helfen also allein nur nackte Tatsachen, die immer wieder ausgesprochen werden müssen. Eine solche ist die verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit, die im krassen Widerspruch zu den Erzählungen über den sozialistischen Aufbau steht.

Über die Art ihrer Entstehung und über die „Maßnahmen“ zu ihrer Einschränkung gibt eine Broschüre: „Vor dem Thermidor“ Aufschluß. Diese Broschüre enthält die Plattform der „Gruppe der 15“, der linken Fraktion in der bolschewistischen Partei, die sich bereits seit längerer Zeit besonderer Aufmerksamkeit der G. P. U. (Tscheka) erfreut. In dieser Broschüre finden wir über das Anwachsen der russischen Arbeitslosigkeit folgende Ausführungen:

„Schließlich ist das Tempo des Anwachsens unserer Industrie vollständig ungenügend, um den Zuwachs von Arbeitskräften unterzubringen. Bereits im vorigen Jahre haben wir trotz einer Vergrößerung der Arbeiterzahl in der dem OVWR unterstellten Industrie um 390.000 einen Zuwachs der Arbeitslosen um 520.000 zu verzeichnen. In diesem Jahre, wo nur eine Vergrößerung der Arbeiterzahl um 136.000 vorgesehen war, hat die Arbeitslosigkeit eine ungeheure Zunahme erfahren, indem sie allein im ersten Halbjahr 23mal mehr angewachsen ist, als im entsprechenden Zeitraume des Jahres. Solcher Sachlage führt die sogenannte „Rationalisierung“ der Industrie zur Entlassung der Arbeiter. Diese Rationalisierung ist nur ein Surrogat für den technischen Fortschritt, da sie vorwiegend auf der zunehmenden Intensität der Arbeit, ohne zugehörige technische Verbesserungen beruht. Das anwachsende Tempo der Industrialisierung über die Interessen der Produktionsverbesserung und die Interessen der Arbeiter feindlich gegenüberstehen.“

Wie die Rationalisierung, mit der deutschen verglichen, in allen wesentlichen Zügen übereinstimmt, beweisen folgende Sätze:

„Zum Zwecke der Hebung der Arbeitsproduktivität wurde ein maßloses Schacherwesen, eine systematische Heraussetzung der Arbeitsnormen bei gleichzeitiger Herabsetzung der Akkordsätze, eingeführt. Diese Änderungen der Leistungs- und der Preismornen wurden durchgängig so durchgeführt, daß der Arbeitlohn durch die stark verminderte Leistungswirtschaftlichkeit der Arbeiter, die Arbeitslosigkeit, die in allen wesentlichen Zügen übereinstimmt, beweisen folgende Sätze:

„Bekanntlich geben die Bolschewiki als Grund für die hohe Arbeitslosigkeit die Abwanderung vom Lande zur Stadt an. Diese Erklärung ist nicht weniger voreingenommen als die über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, denen Zahlen der Beschäftigten gegenüberstellen, zeigt das Gegenteil und beweist höchstens, daß man die billigeren Kräfte vom Lande sogar als Lohnrücker gegenüber den Arbeitern in der Stadt benutzte.“

Zahl der registrierten Arbeitslosen.

	Insgesamt	Industrie-Arb. (qualifizierte u. halbqualif.)	Usual u. Gelegenheits-Arbeiter	Industrie-usual u. Gelegenheits-Arbeiter	In Betrieben beschäftigte	
	In 1000 in %	In 1000 in %	In 1000 in %	In 1000 in %	In 1000 in %	
1.10.25	920	100	482	100	1005,5	100
1.10.26	1070	110	528,7	121,8	1323,8	112
1.12.26	1254	130	608,5	137,0	1588,0	119
1. 4. 27	1465	158				

Ohne Errechnung der Kopfarbeiter.

Zu dieser Tabelle schreibt die „Gruppe der 15“: „Wir sehen, daß die Zahl der Arbeitslosen schneller anwächst als die Zahl der Arbeiter. Dabei wächst am raschesten die Zahl der Arbeitslosen der Industrie. Das zeigt, daß die Arbeitslosigkeit ausströhlt. Das Wesentliche ist, daß unsere Unternehmungen diesen Zustrom der Arbeiter aus den Dörfern ausnützen, indem sie auf jede Weise, die qualifizierten Arbeitskräfte durch billigere Arbeiter zu ersetzen suchen, die ihnen aus dem Dorfe zuströmen. Nur dadurch läßt es sich erklären, wieso die Anzahl der arbeitslosen qualifizierten Arbeiter, bei der zwar geringen aber doch immerhin vor-

- 1) Oberster Volkswirtschaftsrat.
- 2) Ersatzmittel.
- 3) Angeschaltete.

ABC des Marxismus Materialistische Geschichtsauffassung.

Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.

Karl Marx, „Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie“.

Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändert die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalverhältnissen, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalismen.

Karl Marx, „Eiland der Philosophie“.

Wenn wir nun aber sehen, daß die drei Klassen der modernen Gesellschaft, die Feudalokratie, die Bourgeoisie und das Proletariat, jede ihre besondere Moral haben, so können wir daraus nur den Schluß ziehen, daß die Menschen, bewußt oder unbewußt, ihre sittlichen Anschauungen in letzter Instanz aus den praktischen Verhältnissen schöpfen, in denen ihr

handenen Zunahme der Arbeiter, schneller zunimmt, als die der unqualifizierten.

Seit dem Beginn des laufenden Wirtschaftsjahres hat sich die Arbeitslosigkeit stark gesteigert. Dieses Anwachsen ist in direktem Zusammenhang mit der Tatsache, daß sich die Zunahme der in der Industrie beschäftigten Arbeiter in diesem Jahre stark vermindert hat. Schon der Industrieprogramm des OVWR sah nur eine Vergrößerung der Arbeiterzahl um 136.000 vor. Dabei wurde jedoch die „Rationalisierung“ nicht in Betracht gezogen. In Wirklichkeit aber hat sich die Anzahl der Industriearbeiter während des ersten Halbjahres nur um 61.000 vermehrt, im April aber entstand eine Verminderung um 39.000.

Unter diesen Umständen entstand für die Wirtschaftler ein Dilemma: Entweder mußten sie von der „Rationalisierung“ Abstand nehmen oder sie mußten die Arbeiter entlassen. Zu dem letzteren konnten sie sich nicht entschließen. Die Frage wurde so akut, daß sich sämtliche Debatoren über den Industrieprogramm auf dem Februarplenium auf die Frage der „Abstimmung“ der Arbeiter konzentrierten. Anstatt diesen Industrieprogramm als mangelhaft zurückzuweisen und seine Umgestaltung vorzuschlagen, hat das ZK einfach angeordnet, die Arbeiter zu entlassen, um den Bestimmungen über die Rationalisierung der Produktion widerstand zu leisten. In den Fällen, wo ein gerechtes Unternehmen bei der Verbesserung seiner Produktionstechnik und Organisation nicht gleichzeitig erweitert werden kann, oder wenn die vorhandene Anzahl der Arbeiter den Bedarf des Unternehmens übersteigt, ist es notwendig, das Unternehmen von dem Überschuss der Arbeitskräfte zu befreien.

(Gleichzeitig erhielten das Handelsministerium und das Kommissariat des Innern die Weisung, ein Gesetz zu erlassen, unter dem Arbeiter über die Einführung des Vertragssystems und über „Die Benützung der Werkwohnungen innerhalb einer bestimmten Frist, nach deren Ablauf die Wohnungen von den Arbeitern geräumt werden müssen“, und über die völlige Beibehaltung der Fabriks- und Werkstätten von allen im Betrieb nicht arbeitenden Personen.“ Außerdem hat es das ZK für notwendig erachtet, die Arbeitsvermittlung ohne triftigen Grund auf drei Tage im Monat zu beschränken.

Auf diese Weise denkt das ZK angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit nur daran, wie man den Betrieb von den überzähligen Arbeitskräften befreien kann: Es wird der Administration befohlen, die Arbeiter zu entlassen, indem die erkrankten drei Vermüsstage ohne „triftigen Grund“ als arbeitslos abgeschrieben werden. Wenn diese Maßnahmen mit diesen „freigestellten“ Arbeitern geschehen soll, diese Frage beantwortet das ZK nicht. Es beschränkt sich lediglich auf die Phrase, daß „in dem Plan der industriellen Entwicklung eine derartige Erweiterung der Produktion vorzuziehen ist, daß die Gesamtzahl der Arbeiter nicht vermindert, sondern vermehrt werden muß“. Aber es handelt sich doch nicht nur darum, daß sich die Anzahl der Arbeiter nicht verringert, es handelt sich vielmehr darum, daß die Zahl der Arbeitslosen sich verringert. Es ist sehr schwer vorzuziehen, daß die Gesamtzahl der Arbeiter nicht vermindert, sondern vermehrt werden muß.“ Aber es handelt sich doch nicht nur darum, daß sich die Anzahl der Arbeiter nicht verringert, es handelt sich vielmehr darum, daß die Zahl der Arbeitslosen sich verringert. Es ist sehr schwer vorzuziehen, daß die Gesamtzahl der Arbeiter nicht vermindert, sondern vermehrt werden muß.“

Als „Palliativmaßnahme“ erkennt das ZK, den infolge der Rationalisierung entlassenen Arbeitslosen nur eine Erhöhung der Löhne zu entlassen, bis zu 1/2 bis 3 Monatslöhne. „Es verleiht kein Wort über die Einschränkung der bei uns geleisteten Überstunden, die die Arbeitslosigkeit, wirklich eindämmen können.“ Es verleiht kein Wort über die Verbesserung der Lage der arbeitslosen, obgleich die Arbeitslosigkeit bei uns jetzt geradezu katastrophalen Charakter annimmt. Im Gegenteil, der Rat der Volkskommissare der UdSSR gibt neue Regeln der Arbeitslosenregistrierung heraus, die es ermöglichen, den Arbeitslosen die Registrierung an der Arbeitsbörse zu verweigern, wenn sie ohne triftige Gründe die vorgeschlagene Arbeit ablehnen; wenn sie die ihnen nachgewiesenen geeignete, aber nicht in ihrem Fach liegende Arbeit ausschlagen; wenn sie die ihnen nachgewiesenen Arbeit in den Arbeitsbetrieben oder bei öffentlichen Arbeiten ablehnen, und wenn ledige Arbeiter die Arbeit an einem anderen Orte ablehnen, was sich auch auf diejenigen „kleinen Familie erstreckt, falls ihnen ein Arbeitsort eine Wohnung nachgewiesen wird.“ (Trud. Nr. 52, 4. 3. 1927).

Die konkreten Maßnahmen gegenüber der enorm wachsenden Arbeitslosigkeit beschränken sich also darauf, die Werke von „überflüssigen“ Arbeitern zu befreien, die Registrierung der Arbeitslosen an der Arbeitsbörse zu beschränken und die Ausgaben für die Arbeitslosen einzuschränken.“

Die vorstehende Schilderung kann bei jedem denkenden Arbeiter nur die lapidare Schlußfolgerung auslösen: Ganz wie bei uns!

„Abschließend muß noch folgendes gesagt werden. In den eigenen und sicherlich zu hoch gegriffenen Angaben der Stalinisten wird zugleich, daß die Unterstützung für mehr als die Hälfte aller registrierten Arbeitslosen gesichert ist. (Artikel von J. Krawall, Moskau, Inprekor Nr. 118, S. 2667.) In Wirklichkeit bedeutet das aber, daß etwa 1/3 nur Unterstützung erhalten, da hier die Rede von den registrierten Erwerbslosen ist. Die Zahl der Erwerbslosen einschließlich der nichtregistrierten ist bedeutend höher.“

- 1) Linderungsmaßnahme.
- 2) In Rußland üblicher Ausdruck für Arbeitsnachweis.

ABC des Marxismus Materialistische Geschichtsauffassung.

Klassenlage begründet ist, aus den ökonomischen Verhältnissen, in denen sie produzieren und austauschen.

Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings-Umwälzung der Wissenschaft“, S. 89.

Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihren gesellschaftlichen Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe mit einem Wort auch ihr Bewußtsein sich ändert?

Was beweist die Geschichte der Ideen anders, als daß die zeitige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet? Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klassen.

Karl Marx und Friedrich Engels, „Kommunistisches Manifest“.

Dieselben Menschen, welche die sozialen Verhältnisse gemäß ihrer materiellen Produktionsweise gestalten, gestalten auch die Prinzipien, die Ideen, gemäß ihren gesellschaftlichen Verhältnissen.

Karl Marx, „Eiland der Philosophie“.

Kommunistischer Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands + Opposition.

Januar 1928

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationsstellen der Partei, oder per Post durch Karl Baetke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Ersch. vorläufig monatlich einmal. Inserate werden nicht angenommen. Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Mahnruf der Toten!

„O stehst gerüstet, seid bereit, o schaffet, dass die Erde, darin wir liegen strack und starr, ganz eine freie werde. Dass fürder der Gedanke nicht uns süren kann im Schlafen, sie wärd frei... doch wieder jetzt und ewig sind sie Sklaven.“



Der damalige sozialdemokratische Hausdichter und „Poetist“, der später mit Lench Stinnesbalk wurde, der Schuft Zickler, fandete in einem Gedicht im „Vorwärts“ zu weiteren Morden auf. Ihm war die Ermordung von hunderten Proletariaten noch nicht genug. Ihm fehlten noch Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die damals das Haupt der revolutionären Kräfte darstellten.

Zigeuner und Müllkasten.

Die führende Clique der Berliner Richtung die „KAZ“ zur Abagerungsstätte für unfähige Gemeindefürer erniedrigt, soll diesen Müllabfuhrleuten hierdurch eine Antwort werden.

Aus der Partei.

Anfang dieses Monats fand in Forst eine Zusammenkunft aller Leser der „KAZ“ und des „Kampfruf“ gemeinsam mit den Genossen der dortigen Organisation statt.

Rußland.

Der XV. Parteitag der KPSU.

Der Parteitag der bolschewistischen Partei hat, wie nicht anders zu erwarten war, die politische Linie der Stalinisten und sämtliche bisher getätigten Ausschüsse von oppositionellen Parteimitgliedern gebilligt.

Vom russischen Militarismus.

Zwischen den Sozialdemokraten Rosserotter und ihrer Führung ist wieder mal ein kleiner Streit ausgebrochen, und das kam so: Am 12. Dezember brachte der „Vorwärts“ in seiner Abendausgabe einen aufsehenerregenden Artikel unter dem Titel: „Rußland beherrscht den Himmel.“

Von Toten rede nur Gutes.

Bei Beginn der heutigen Sitzung des Wohnungsausschusses des Reichstages widmete die stellvertretende Vorsitzende Frau Arndts eine Rede dem am Sonntag verstorbenen Genossen Silberschmidt einem warmen Nachruf.

Bestellschein

Ich bestelle hiermit ab „Kommunistischer Arbeiter“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei — Opposition (Vor- und Zuname) (Wohort und Straße) Dieser Bestellschein ist in der Zeitungsträger der Organisation abzugeben oder per Post als Drucksache einzusenden an Karl Baetke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98. Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

Ein als Zeuge vernommenes Mitglied des damaligen Parteigerichts bestätigte die Untersuchung, daß die damaligen Anschuldigungen gegen den Genossen Sch. als völlig unbegründet erklärt wurden.

Die Tätigkeit des Genossen Sch. in dem Verein „Freie Schwimmer Charlottenburg 04 E.V.“ vollzog sich in vollem Einverständnis mit der überwältigenden Mehrheit der Vereinsmitgliedschaft.

Die Untersuchungskommission des 7. Unterbezirks, die durch den Artikel eingeleitet wurde, hat die Untersuchung abgeschlossen.

Die Untersuchungskommission des 7. Unterbezirks der KAP- und AAU-Opposition, Groß-Berlin, Trukasitz, Baetke, Schiemannski, W. Gzanow jun. Breslau.

Die dänische Gruppe der K. A. B. A. T. I. T. I.

Bemerkung der Redaktion: Der vorstehende Artikel wurde uns von den dänischen Genossen mit der Bitte um Verbreitung übersandt.

Für den Pressedienst gingen ein:

- Gen. Anton Pannekoek, Amsterdam 10,- RM
Gen. Reinhard Hahn, Berlin, 7. U-Bez. 5,- RM

Für die politischen Gefangenen:

- Betrieb Bertel, Frankfurter Allee 13, aus der Betriebskasse durch Gen. W. Sydell, 2. U-Bez. 25,- RM
Ehemal. „Entsch. Linke“, 2. U-Bez. 190 RM
Teilersammlung öff. Versammlung 920 RM
Fünf Postkarten, 5. Bezirk 50 RM
Pflichtbeiträge Berlin 6834 RM

Organisations-Kalender.

- Kommunistische Arbeiter-Partei-Opposition
1./5. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Montag im Monat Sitzung im Lokal Gessat, Grandenzersir. 3.
2. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Oebelschäger, Berlichingensir. 5.
3. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Franzel, Reinickendorferstr. 42.
4./18. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Parjes, Hufelandstr. 32.
7. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Koch, Schillerstr. 75.
Ortsgruppe Forst (N.L.): Jeden Sonntag, vormittags 10 Uhr. Sitzung der KAP- und AAU. im Restaurant Ermisch, Kottbuserstr. Leser unserer Presse und Sympathisierende sind eingeladen.

„Kommunistischer Arbeiter“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei — Opposition

(Vor- und Zuname) (Wohort und Straße) Dieser Bestellschein ist in der Zeitungsträger der Organisation abzugeben oder per Post als Drucksache einzusenden an Karl Baetke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98. Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.